

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Verlagsort: Sekr. Krupohl, Dresden
und Schriftliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Belegpreis einschließlich Beleglohn mit den wöchentlichen Beilagen
für den "Arbeit" und "Welt und Zeit" für einen halben Monat 1 Mk.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25201, Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707,
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Normalzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reflektanzzeile 1,50 Mk., für auswärtsige An-
zeigen 35 Pf. und 2 Mk. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgeluche
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegungen 10 Pf.

Nr. 204

Dresden, Donnerstag den 2. September 1926

37. Jahrg.

Das kommende Kleinkalibergesetz

Die verdächtige Eier verkündet die gesamte Längere Presse, das Reichskabinett bereite eine gründliche gesetzliche Regelung der "Kleinkaliberfrage" vor. Die Verhältnisse ist der gegenwärtige Stand der Gesetzgebung so, daß Kleinkaliberwaffen so ziemlich von jedem geführt werden dürfen, der dazu Lust und Geld hat; von der so geschaffenen Freiheit, sich für den Bürgerkrieg zu rüsten, haben die schwärzweihrigen Verbände aller Art den umfangreichsten Gebrauch gemacht, und auch wo die Verbände verboten worden sind, wie z. B. in Preußen, kann man es nach den gesetzlichen Bestimmungen kaum hindern, daß die einzelnen Mitglieder der aufgelösten Verbände ja auch weiterhin Kleinkaliberwaffen besaßen. So ist alles, was im Bürgertum rechts steht, bis an die Zähne bewaffnet, während die verfassungsmäßige Bevölkerung wehrlos ist.

Nachdem die Reichsregierung den Bürgerkriegsvorbereitungen der Schwarzweihrigen solange unthätig zugehört hat, ist es natürlich, daß sie nun plötzlich einschreiten haben soll, daß es so nicht weiter gehen soll. Sollen es wirklich die allgewohnten Mächte der Rechtsprechung sein, die ihr auf die Nerven fallen? Oder fürchtet sie, es könnten auch die Kreise der verfassungsmäßigen Arbeiterkraft auf den Gedanken kommen, Kleinkaliber "port" zu treiben. Das Reichsbanner hat zwar eine Bewaffnung seiner Mitglieder abgelehnt, aber den einzelnen Kameraden gestattet, einzeln oder gruppenweise sich Kleinkaliberwaffen zu beschaffen. Von dieser Erlaubnis ist bisher wenig Gebrauch gemacht worden, aber die Zahl der Kleinkaliberbesitzer in den Reihen der verfassungstreuen Arbeiterkraft ist immerhin im Zunehmen. Das Kleinkalibermonopol der Schwarzweihrigen ist also in Gefahr, durchfallen zu werden. Das ist offenbar das Stückwerk für die Reichsregierung, mit einem Gegenentwurf auf dem Wege zu sein.

Was man über den Inhalt des Entwurfs hört, muß nicht als bedenklich stimmen. Das Naturgegebene wäre ein stilles Verbot aller Kleinkaliberwaffen. Ausnahmen — etwa für Jäger oder Einwohner abgelegener Gebiete — müßten der staatlichen Genehmigung für jeden

einzelnen Fall bedürfen, die nur ganz selten und nach genauer Prüfung erteilt werden dürfte. Jeder unbefugte Waffenbesitz müßte mit strengen Strafen bedroht werden. Aber nichts Derartiges wird beabsichtigt. Nur "politischen Vereinen" soll verboten werden, sich zu bewaffnen. Das ist für die Rechte bedeutungslos, denn ihre Vereine behaupten ja samt und sonders, "unpolitisch" zu sein. Und "national" oder "vaterländisch", das ist doch etwas ganz Unpolitisches. Dafür wird das Reichsbanner und jeder Arbeiterverein von unsern deutschnationalen Verwandten natürlich als politisch angesehen werden. Und dann soll auch den "unpolitischen" Vereinen nur gestattet sein, auf je 20 oder 30 Mitglieder ein Gewehr zu besitzen. Die einzelnen Mitglieder selbst dürfen für ihr eigenes Geld — oder das Geld von Jugendera — natürlich so viele Gewehre kaufen wie sie mögen. Ueber diese Zwangsbeschränkung wird kein einziger Rechtspreußler stolpern. Aber der Arbeiterkraft, von der man annimmt, daß die Anschaffung der recht neuen Kleinkalibergewehre nur auf Vereinstafeln erfolgen kann, wird die Verfassung erwidert.

Ein radikales Verbot des Kleinkaliberbesitzes in jeder Form wäre eine Tat — ein Gesetz, das auf eine Reglementierung der Kleinkaliberbesitzer hinausläuft, ist zwecklos und schädlich. Es wird nie gegen Rechtspreußler, immer nur gegen die Schächer der Verfassung angewandt werden.

Man erinnert sich, daß Reichsinnenminister Müll sein Ministerdasein den bayerischen Monarchisten verdankt, die durch ihr Ultimatum die Erhebung des aufständigen Demokraten nach durch den Reichsdemokraten Müll erzwungen. Man muß Herrn Müll zugeben, daß er die Lüge der Dankbarkeit in hohem Maße betreiben hat; er hat die verfassungswidrige Flagenverordnung Laubers energisch verteidigt, er hat sich für das Verbot des Votenzinfilts eingesetzt, und nun sorgt er auch für das Wohl der Kleinkaliberbesitzer.

Wenn das Reichskabinett Herrn Müll folgt und auch in der Kleinkaliberfrage die wahrhaft republikanische Lösung — das völlige Schießverbot — durch ein reaktionäres Polizeigesetz voller Fußangeln für die Republikaner erziehen will, so wird es Aufgabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sein, diesen Plan zum Scheitern zu bringen.

Die Neuindustrialisierung der Erde

Die Wiederherstellung des durch den Krieg zerstörten Gleichgewichts der kapitalistischen Wirtschaft steht an der Spitze aller handelspolitischen Erörterungen. Bis dieses Gleichgewicht gestanden ist, werden nicht nur lange und heftige Kämpfe zwischen den auf Weltmonopole hinstrebenden kapitalistischen Gruppen mit den für die Allgemeininteressen eintretenden Parteien stattfinden — es wird auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer völlig veränderten handelspolitischen Einstellung Europas nur langsam durchdringen. Bewegt sich doch die Wirtschaftspolitik unsers Kontinents in seltener Uebereinstimmung auf den ausgebreiteten Bahnen "nationaler" Bestrebungen; wie mit Blindheit geschlagen sieht man nicht oder will nicht sehen, wie die Welt sich umgestaltet hat. Solche Vogel-Strauß-Politik muß sich früher oder später bitter rächen. Besonders in Deutschland, an dessen herrschenden Parteien die Ergebnisse der Wissenschaft spurlos vorübergehen.

Der Verein für Sozialpolitik darf es sich als Verdienst anrechnen, durch seine jetzt in vier Bänden vorliegende Veröffentlichung: *Neue Grundlagen der Handelspolitik* (Lunder und Humblot, München-Velpzig) vielseitiges Material beigebracht zu haben zur Einflucht in die Neugestaltung der weltwirtschaftlichen Zustände. Bei den unzureichenden amtlichen Informationen der Reichsstatistik fällt die Enquete eine tatsächlich vorhandene Lücke aus. Kann über die 28 Beiträge, aus denen die Enquete des Vereins besteht, schon aus räumlichen Gründen im einzelnen nicht berichtet werden, so genügt doch allein der Beitrag des Professors W. Ludermann über die Neuindustrialisierung der Erde, das Interesse aller Handelspolitiker wachzurufen; denn er liefert in markanten Strichen ein übersichtliches Bild über die augenblickliche wirtschaftliche Lage aller Länder Europas, Afrikas, Asiens und Amerikas, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten. In Südamerika brachte die Einhaltung der Neutralität Spaniens den Vorteil, durch kräftige Unterstützung der wirtschaftlichen und militärischen Bedürfnisse der Besatzmächte seinen Wohlstand beträchtlich zu steigern. Spaniens Nationalvermögen wird jetzt auf 121 Milliarden Mark geschätzt, so daß es dem Nationalreichtum des Deutschen Reiches mit seiner mehr als dreifach größeren Volkszahl nicht viel nachsteht und das Nationalvermögen Italiens um einige Milliarden Dollar übertrifft dürfte. Führt dieser gesteigerte Wohlstand in größerem Maße zur Beteiligung in ausländischen Unternehmungen, besonders in Südamerika, so hat das Land doch seit dem Kriege einen bedeutenden industriellen Aufschwung genommen. Schwereindustrie, Hüttenwerke sind neu entstanden oder erweitert worden; der Schiffsbau hat sich vom Auslande unabhängig gemacht. Aber trotz staatlicher Unterstützung arbeitet die spanische Industrie teilweise noch zu teuer. Dem sollen nun der Ausbau der Wasserkräfte — 1923 schon eine Million Pferdestärken — und ein umfangreiches Elektrifizierungsprogramm abhelfen. Auch Italien hat sich mit großer Energie dem Ausbau der Wasserkräfte (1913: 200 000 Pferdestärken, 1924: 1,8 Millionen) gewidmet. In der Einrichtung von Elektro-Hochöfen nimmt es in Europa die erste Stelle ein. Einer günstigen Entwicklung erfreuten sich auch die Maschinenindustrie und der Automobilbau — 1920 stand Italien in der Autoausfuhr an dritter Stelle — und die Textilindustrie. Niedrige Löhne begünstigen seine Industrie. In der Kunstseidenindustrie (1923: 2,3 Millionen Kilogramm Ausfuhr, 1925: über 8,5 Millionen Kilogramm) nimmt es in der Ausfuhr die vierte Stelle ein. Ueberausend ist die industrielle Entwicklung des kleinen und armen Griechenlands. Hierüber sagt Professor Ludermann: "Die Wirtschaftspolitik des Landes geht offenbar von gebundenen Gesichtspunkten aus, als man sie sonst so häufig im neuen Europa findet."

In östlichen Mitteleuropa sowie in Ost-Europa selbst haben die Zerschlagung des alten Oesterreichs, das Zurückdrängen Russlands von der Ostsee und dem Reichsgebiet nach Osten und das Zurückdrängen Deutschlands nach der Mitte des Kontinents hin eine wirtschaftliche Bedrängnis hervorgerufen, der man sich durch Aufstärkung nicht bodenständiger Industrien mit Hilfe staatlichen Schutzes zu entziehen suchte. In Bulgarien, Jugoslawien und Rumänien macht sich jedoch neuerdings eine rückläufige, auf die Entwicklung von bodenständigen Industrien gerichtete Tendenz bemerkbar. In Ungarn "merkt man so recht, wie bei der Neuziehung der Grenzen nach machtpolitischen Gesichtspunkten die wirtschaftlichen Zusammenhänge außer acht gelassen und somit die Wirtschaftskräfte völlig unorganisch verteilt wurden". Das gilt auch für das aus heterogenen Landesteilen zusammengesetzte Polen. "Es gibt wohl kaum einen Staat in Europa in der ganzen Welt (Wäl. P. S.), der in seinen einzelnen Provinzen so den Zustand des Unausgeglichenen hätte wie der polnische." Trotz der Unterstützung gewichtiger Großmächte (Frankreich) ist Polens Wirtschaft die krisenreichste aller europäischen Wirtschaften. Seitens Großmächte widersprechen die inneren wirtschaftlichen Grundlagen. Lettland besaß vor dem Kriege, nament-

Unwetter und Erdbeben in Südwest-Europa

Wolkendürche und Ueberschwemmungen in Spanien

Berlin, 2. September. (Eig. Funkdruck.) Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich am Mittwoch nachmittag in Spanien ereignet. Der Postzug Barcelona — Valencia entgleiste in der Nähe von Tortosa infolge eines Erdstöße, der durch starke Regengüsse der letzten Tage verursacht worden ist. 17 Personen wurden getötet, 36 verletzt. Durch das Unwetter ist eine Reihe von Dörfern überschwemmt worden. Die Zahl der dabei ums Leben gekommenen beträgt 36. Ueber die Stadt Barcelona ging ein furchtbarer Wirbelsturm, durch den zahlreiche Häuser eingestürzt wurden. Bisher zählte man als Opfer dieses Wirbelsturms 30 Tote und zahlreiche Verletzte. In San Vandelte ereignete sich während des Sturmes eine Explosion, durch die fünf Häuser zerstört wurden, fünf Personen wurden dabei getötet, drei schwer verletzt. Im Bezirk von Calatayud wird die Zahl der Toten, die das Unwetter forderte, auf mehr als 30 geschätzt.

Eine Schnellzuglokomotive entgleist

Der Zug durch den Lokomotivführer gerettet

Berlin, 2. September. (Eig. Funkdruck.) Eine neue Schnellzugentgleisung ereignete sich am Mittwoch vormittag unweit der Station Gengenbach der badischen Schwarzwaldbahn. Die Maschine des D-Zuges, der den Bahnhof Offenau um 6,20 Uhr vormittags verließ, sprang etwa 600 Meter hinter der Station Gengenbach aus den Schienen und rief den Lokomotör in einer Länge von 300 Metern auf. Der Geistesgegenwart des Lokomotivführers war es zu danken, daß er die Lokomotive, die auf dem Bahnsperre weiterfuhr, kurz vor einer Unterführung zum Stehen brachte.

Die polnische Holzzeitwirtschaft

Warschau, 31. August. (Eig. Draht.) Der "Głos Prawy" erklärt am Dienstag in bezug auf die Zustände in der Warschauer Kriminalpolizei, es sei an der Zeit, die Ordnung der Gerichtsbarkeit sowie sonstige wesentlichen Mängel zu beseitigen, wenn die internationalen Verträge einen entsprechenden Beitrag bezahlen könnten. Ein Hauptziel für sich seien die Exproprierungen, die besonders an jüdischen Kaufleuten ausgeführt wurden. Auf Grund dieser Exproprierungen und Beschlagnahmen wurden die jüdischen Kaufleute und Kaufmannschaften angeordnet, von denen die Kaufleute, welche Waren verkaufen, den Posten genau unterrichtet sind, sich

Wieder ein Zug beschossen

Berlin, 2. September. (Eig. Funkdruck.) Auf den Berlin-Danzig-Zug Berlin — Hamburg, der die Strecke ohne Halt durchfährt, ist am Mittwoch nachmittag zwischen den Stationen Reinbeck und Herzberg ein Attentat verübt worden. In ein Abteil zweiter Klasse wurde ein Schuß abgegeben, durch den glücklicherweise niemand verletzt wurde.

Erdbeben auf den Azoren

Von einem schweren Erdbeben sind am Dienstag die Azoren-Inseln heimgesucht worden. Am stärksten war das Beben auf der Insel Faial, deren Stadt Ponta delgada vollständig zerstört wurde. Etwa 50 Einwohner fanden unter den einstürzenden Gebäuden den Tod, 400 Personen wurden verletzt. Die spanische Regierung hat einen Kreuzer zur Hilfeleistung entsandt. Dem Hauptstich des Bebens waren einige kleinere Erschütterungen vorangegangen. Dennoch geschah das Unglück so schnell, daß viele Menschen nicht mehr rechtzeitig aus den Gebäuden flüchten konnten. Das Erdbeben ist das schwerste, das bisher die Azoren-Gruppe betroffen hat.

Das Beben, das auf den Azoren so großes Unheil anrichtete, machte sich auch in den Ländern des Mittelmeeres bemerkbar. So wurden in Italien leichte Erdstöße in Bari und Ancona wahrgenommen. Auch in Griechenland war das Beben zu spüren, besonders stark in der Stadt Thessalon und im Hafen Piräus. Menschenleben sind jedoch hier keine zu beklagen.

nur durch erhebliche Geldbeiträge freizukaufen mußten, um sich seine weiteren Unannehmlichkeiten anzusehen.

Es wird weiter gehen

W. Konstantinopel, 1. September. Der frühere Wali Abdul Kadir, der geflüchtet und im Zusammenhang in contumaciam zum Tode verurteilt, aber kürzlich an der bulgarischen Grenze wieder ergriffen worden war, ist gestern vom Konstantinopelgericht in Argora im Rekrutierungsverfahren wieder zum Tode verurteilt worden. Das Urteil wurde in der Nacht vollstreckt. Weitere Nachzügler im Jungtürkenprozeß sind in Vorbereitung.

Der Stimmel im September

Der junge Erbeiter